

# Distanz und Fakten

Die **Bewegung der „Querdenker“** könnte auch im Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen. Drei Beispiele, wie Regionalzeitungen über sie berichten.



Die Corona-Krise hat zu heftigem Streit in der Gesellschaft geführt. Lokalzeitungen berichten sachlich.

## VON RENÉ MARTENS

Die Begriffe „Querdenker“ und „Querdenken“ haben sich in den vergangenen Monaten im Sprachgebrauch etabliert. Es ist aber nicht unproblematisch, sie zu verwenden. „Wir haben es hier ja mit Selbstbezeichnungen zu tun“, sagt Ulli Schönbach, Redaktionsleiter und seit Anfang April auch Geschäftsführer des Regionalverlags der *Sächsischen Zeitung* im Landkreis Bautzen. „Diese Gruppierungen äußern den Anspruch, dass alle in die falsche Richtung denken, aber sie diejenigen sind, die wirklich die Hintergründe kennen.“ Sein Team verwende solche Selbstbezeichnungen nicht.

**Alte Bekannte** Die 20-köpfige Redaktion kann bei der Einschätzung des Milieus auf Erfahrungen aus der Vergangenheit zurückgreifen: „Was wir als ‚Querdenken‘ jetzt bundesweit wahrnehmen, kennen wir aus Bautzen

schon seit fünf, sechs Jahren“, sagt Schönbach. Für Friedensmahnwachen begannen sich damals Gruppierungen mit scheinbar ehrenwerten Zielen zusammenschließen: den Frieden fördern, ökologische Landwirtschaft voranbringen. „Da wusste man zunächst gar nicht, mit wem da eigentlich konfrontiert ist, weil die Leute nicht dem Bild des klassischen Rechtsextremen entsprachen“, sagt Schönbach. „Bei genauerer Betrachtung stellte sich heraus, dass das Milieu zwar sehr vielfältig ist, aber ein gemeinsames Thema hat in einem antisemitischen Verschwörungsgeraune von einem ‚tiefen Staat‘ und Ähnlichem.“ Dass die Szene das Thema Corona aufnahm, sei für die Redaktion nicht überraschend gewesen, sagt Schönbach. „Im Frühjahr 2020, während der ersten Corona-Welle, fiel uns bereits auf, dass wir die Köpfe dieses Protestes kennen – als Pegida-Anhänger oder von vorherigen lokalen Aktivitäten dieser Gruppierungen.“

Einer der Grundsätze bei der Berichterstattung seiner Redaktion laute: „Sei hart in der Sache, aber lass dich nicht verhärten.“ Redakteure der *Sächsischen Zeitung* würden in Redebeiträgen auf Demonstrationen immer wieder namentlich als Feindbild benannt, sagt Schönbach. Trotzdem plädiert er für eine „professionelle Gelassenheit“. Eine Konfrontationshaltung nach dem Motto „Wir gegen die“ sei fehl am Platz. „Als Journalisten brauchen wir eine gesunde Distanz zu unserem Gegenstand.“ Wichtiger noch: „Wir müssen, völlig unabhängig von der Berichterstattung über diese



**Ulli Schönbach ist Redaktionsleiter der Sächsischen Zeitung in Bautzen.**

✓ THESENLISTE

- Begriffe wie „Querdenker“ nicht unhinterfragt benutzen
- Distanz bewahren – in jede Richtung
- Fakten liefern, die die Situation vor Ort beschreiben
- Ereignisse einordnen

Strömungen, permanent jene Leute zu Wort kommen lassen, die konkret die Situation vor Ort beschreiben können. Alles, was medial in einem größeren Rahmen stattfindet, lässt sich relativ leicht wegschieben. Aber wenn der Chefarzt der Bautzener Intensivklinik, der aus dem Stadtbild bekannt ist, sagt: Ich habe auf meiner Station 50 Leute liegen, und davon sind 32 schwere Fälle – dann kann man das mit Agitation schwer unterlaufen.“ Solche Fakten seien „die beste Medizin“ gegen Mythenbildungen. Bautzen gehörte zeitweilig zu den 15 Landkreisen mit den höchsten Covid-19-Inzidenzwerten bundesweit.

**Breit gefächert** Keine nennenswerte Rolle spielt die „Querdenker“-Bewegung im Verbreitungsgebiet der *Landeszeitung für die Lüneburger Heide*. „In unserer Region ist das eine Gruppe von 10 bis 15 Leuten. Wenn bei einer Veranstaltung mal 35 anwesend sind, sind auch viele Auswärtige dabei“, sagt Chefredakteur Marc Rath. Dieses Milieu ist in der *Landeszeitung* auch deshalb kaum präsent, weil die Redaktion bei der Berichterstattung über Demonstrationen eine strenge Auswahl treffen muss. In der Studenten-Hochburg Lüneburg fänden pro Jahr 500 Demonstrationen statt, sagt Rath. „Wenn sich in anderen Gegenden 30 Leute auf der Straße versammeln, dann sind die am nächsten Tag mit Foto in der Zeitung.“ Solche Quasi-Automatismen seien für die *Landeszeitung* angesichts der besonderen Verhältnisse in der 80.000-Einwohner-Stadt grundsätzlich unrealistisch, meint der Chefredakteur. Wenn „Querdenker“ auf den



**Marc Rath ist Chefredakteur der Landeszeitung für die Lüneburger Heide.**

Gegenprotest der „in Lüneburg starken Antifa“ trafen, berichte man durchaus, aber eher, weil solche Ereignisse aus Polizeireporter-Perspektive einen Nachrichtenwert hätten.

**Nicht ohne Einordnung berichten** Ivo Knahn, stellvertretender Chefredakteur der *Main-Post*, räumt ein, dass seine Redaktion während der Anfänge der „Querdenker“-Bewegung einen Fehler gemacht habe. Im Mai sei man bei einer sehr kurzfristig anberaumten Veranstaltung in Bad Neustadt mit zwölf Leuten selbst nicht anwesend gewesen und habe einen Bericht dazu auf Zitaten der Polizei und der Veranstalter aufgebaut. „Wir haben dabei die Mail-Adresse eines Veranstalters angegeben, damit sich Interessierte dort melden können“, sagt Knahn. Zudem erschien ein Foto, das einer der Mitorganisatoren gemacht hatte. Dafür habe es zu Recht Kritik von Lesern gegeben. Im Online-Beitrag hat die Redaktion die Mailadresse kurz darauf gelöscht und auf den Fehler hingewiesen. „Wir haben aus diesem Fall die Konsequenzen gezogen und als redaktionelle Linie festgelegt, dass wir über solche Ereignisse nicht ohne Einordnung berichten“, sagt Knahn.



Foto: Angie Wolf

**Ivo Knahn ist stellvertretender Chefredakteur der Main-Post.**

Darüber hinaus seien die Reaktionen ähnlich wie sonst, sagt Knahn. „Den einen sind wir zu links, den anderen zu rechts.“ Form und Ausmaß hätten sich seit Corona aber verschärft. „Zugenommen haben Schreiben direkt an die Chefredaktion. Wir bekommen seitenlange Ergüsse mit Links zu sogenannten Alternativmedien.“ Ende Januar nahm Chefredakteur Michael Reinhard die im Ton „oft

rauen und unversöhnlichen“ Reaktionen zum Anlass, sich in eigener Sache an die Leserschaft zu wenden: „Offenkundigen Unsinn werden wir weiterhin genauso wenig thematisieren wie erkennbare Falschinformationen. Wir sind nicht bereit, fragwürdige Positionen auf eine Stufe mit anerkannten Fakten zu stellen“, schrieb er.

Knahn verweist darauf, dass die *Main-Post* inzwischen mehr als 5.000 Beiträge im Corona-Kontext veröffentlicht hat. „In den Meinungstexten zur Corona-Politik widersprechen wir uns durchaus. Wir haben auch gelegentlich das Pro-und-Kontra-Format genutzt. Aber dieses Paket sehen nur sehr wenige. Die Kritiker greifen sich immer nur einzelne Sachen heraus.“

Nicht zuletzt wegen der aggressiven Reaktionen aus der „Querdenker“-Szene will die *Main-Post* im kommenden halben Jahr die Kommentarfunktion auf ihrer Website überarbeiten. Die Redaktion diskutiert darüber, ob nur noch Abonnenten kommentieren dürfen, auch eine Klarnamenpflicht steht zur Debatte. „Wir wollen einen konstruktiven freundlichen Umgang hinbekommen, ohne dabei bestimmte Meinungen zu unterdrücken“, sagt Knahn. „Derzeit haben wir den nicht.“

